

Resolution der Generalversammlung des Mouvement Ecologique

23. März 1996

I. Umweltpolitik in Luxemburg:

Chancen für die Zukunft müssen endlich genutzt werden

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique stellt fest, daß die derzeitige Umweltpolitik in Luxemburg durch folgende grundsätzliche Defizite gekennzeichnet ist:

1. Wahlversprechen und Regierungserklärung sollen einen Niederschlag in der Praxis finden

Meßinstrument für die Glaubwürdigkeit einer Politik ist das Einhalten sowohl der Wahlversprechen als auch der Regierungserklärung, die beide Umweltthemen jeweils einen hohen Stellenwert beimessen.

In der umweltpolitischen Praxis aber finden sich diese Versprechen kaum wieder. Die mangelhafte Ökologisierung der Wirtschaftspolitik steht symbolisch für diese fehlende Umsetzung der politischen Absichtserklärungen.

Dabei enthielt die Regierungserklärung im Bereich Ökologisierung der Wirtschaftspolitik - wie auch in anderen umweltpolitischen Bereichen - doch recht detaillierte Vorgaben, wie folgende Auszüge beweisen:

«La conciliation des objectifs écologiques et sociaux avec les impératifs économiques constitue un nouveau défi pour notre société qui comporte d'ailleurs une réelle opportunité économique et commerciale pour bon nombre d'entreprises. (...) L'idée de développer le site de Luxembourg comme centre d'attraction pour les nouvelles technologies et Services de l'environnement mérite d'être poursuivie.

1

Les aides en faveur des entreprises industrielles et artisanales, pour des investissements dans l'intérêt de l'environnement et de l'utilisation intelligente de l'énergie seront renforcées et ciblées. Les entreprises Optant pour une approche **intégrée** de l'environnement dans le processus de production et de gestion seront encouragées dans leur politique par la mise en oeuvre de programmes de **promotion** et de soutien.

Le Gouvernement **préconise** le recours aux **instruments** suivants:

«- subventions ou autres aides financières et fiscales aux entreprises et aux particuliers qui se soumettront anticipativement et volontairement à des conditions encore plus restrictives que celles prévues par **les** normes en vigueur
- recours à **l'écofiscalité** dans le but de **l'intégration** du **coût** environnemental dans le prix des biens et **services.**»(...)

Au-delà il y a Heu d'encourager la création d'activités nouvelles en rapport avec le marché croissant que constitue la protection de l'environnement, soit à travers la **recherche-développement** de solutions écologiques nouvelles et le **transfert** de technologies dans les entreprises existantes, **soit par** la création d'entreprises et d'activités nouvelles dans les domaines de la **prévention** et du recyclage.

Afin d'assurer une application correcte du principe pollueur-payeur, la production et la consommation de produits nuisibles à l'environnement seront **pénalisées**. A cet effet, le Gouvernement envisage d'introduire des taxes écologiques sur différents produits, à savoir:

- une taxe sur les emballages, notamment de liquides alimentaires;
- une redevance sur le **déversement** des eaux **usées** industrielles et domestiques
- une taxe **énergie/CO2** sur les carburants et les **combustibles**
- une taxe sur les **déchets problématiques.**»

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique stellt fest, daß diese Absichtserklärung bis dato noch keinen Niederschlag in der Praxis gefunden hat.

Wie aber steht es um einen demokratischen Rechtsstaat, in welchem Vorgaben der Regierungserklärung bzw. Wahlversprechen, mit denen die Koalitionsparteien auf Stimmenfang gingen, nicht einmal ansatzweise berücksichtigt werden?

Die fehlende Ökologisierung der Wirtschaftspolitik ist umso gravierender, da hiermit schlichtweg auch wirtschaftliche Chancen verpaßt werden.

Eine zukunftssträchtige Wirtschaftspolitik kann sich nicht darauf **reduzieren**, den Norden unseres Landes durch den Bau einer Straße beleben zu wollen, das Findelgelände auszubauen, staatliche Subventionen in zweifelhafte Betriebe wie die Kronospan zu investieren...

2. Die Regierung benötigt ein umweltpolitisches Konzept

Welche Ziele diese Regierung im Umweltbereich verfolgt, bleibt auch nach zwei Jahren unklar. Ein Konzept, mit Prioritäten und klaren Strategien, ist in keiner Weise ersichtlich.

Dies hat dramatische Konsequenzen: Luxemburg scheint als Insel noch nicht erkannt zu haben, daß bestimmte Umweltprobleme nur dann gelöst werden können - drohende Klimakatastrophe, Waldsterben - wenn jeder seine Verantwortung übernimmt und klare Umweltprogramme ausarbeitet.

Der *Mouvement Ecologique* hat bereits mehrmals vorgeschlagen, umweltpolitische und entsprechend auch finanzpolitische Prioritäten zu setzen: bis dato ohne Erfolg. Statt einer gezielten Umweltpolitik wird nach dem Gießkannenprinzip verfahren, dies mit zweifelhaftem umweltpolitischem Nutzen.

Als Beispiel für das fehlende Konzept sei die Klimaschutzpolitik angeführt, obwohl auch hier theoretische Absichtserklärungen in der Regierungserklärung zu finden sind:

«Le Gouvernement fixera des objectifs de qualité de l'air dans le cadre d'un Programme national anti-pollution, qui fera l'objet d'une concertation au niveau de la Grande Région. Une partie de ce plan sera réservée à la stratégie de lutte contre l'effet de serre. Le Luxembourg honorera ses engagements internationaux en la matière en déterminant par secteur une stratégie de diminution des émissions des gaz à effet de serre, et notamment le CO₂, de façon substantielle à l'horizon 2000 par rapport à l'année de référence 1989. Une telle action comporte la promotion des économies d'énergie, de l'utilisation rationnelle de l'énergie et du recours aux énergies douces.»

Die Umweltverwaltung/ministerium hatte im Budget 96 ein Programm zur Luftreinhaltung und zur Reduktion der CO₂-Emissionen vorgeschlagen. Dieser Posten wurde ersatzlos gestrichen. Wie sollen dann die Verlautbarungen der Absichtserklärung umgesetzt werden? Wie will Luxemburg seine internationalen Verpflichtungen (u.a. Rio) respektieren?

3. Statt einer Infragestellung des Umweltschutzes - eine Integration des Umweltschutzes in die Politik der sektoriellen Ministerien sicherstellen

Theoretisch wird viel über die Integration ökologischer Ideen in die sektoriellen Ministerien geredet. Auch in diesem Bereich findet sich eine Vorgabe in der Regierungserklärung. «*La protection de l'environnement naturel et humain constitue une priorité de la politique gouvernementale et sera intégrée dans les politiques sectorielles de l'Etat et des collectivités locales.*»

De facto findet aber oft keine Integration, sondern genau das Gegenteil statt: besonders bei verkehrspolitischen Fragen werden so Umweltkriterien mit Füßen getreten.

- Gegen eine Demontage des Naturschutzes

Der Stellenwert des Naturschutzes in Luxemburg war noch immer recht gering. Nichtsdestotrotz ist es in den letzten Jahren gelungen, eine gewisse Kommunalisierung voranzutreiben und Naturschutzprogramme in die Wege zu leiten.

Diese Regierung scheint jedoch eine Demontage der Naturschutzpolitik im Visier zu haben. Geplant ist, wesentliche Kompetenzen im Naturschutzbereich vom Umwelt- in das Landwirtschaftsministerium zu übertragen: sowohl was die formale Verantwortung als auch was die Budgetmittel betrifft.

De facto würde dies dazu führen, daß wesentliche Aspekte der Naturschutzpolitik in Zukunft unter Federführung des Landwirtschaftsministeriums durchgeführt würden.

Der Naturschutzdienst würde so zu einer reinen Genehmigungsbehörde degradiert. Das Ziel «Naturschutz auf der gesamten Fläche», das im Naturschutzjahr 1995 ohne Erfolg anvisiert wurde, wäre in weite Ferne gerückt.

Logische Konsequenz einer solchen Vorgehensweise wäre, daß dann der Naturschutzdienst des Umweltministeriums ins Landwirtschaftsministerium transferiert werden würde.

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique stellt sich kategorisch gegen diese Infragestellung einer selbständigen Naturschutzpolitik.

- Gegen eine Demontage der Umweltpolitik

Im Rahmen der geplanten Reform der Kommodo-Inkommodo Gesetzgebung ist eine regelrechte Infragestellung der Umweltverwaltung zu befürchten.

Statt wie seit Jahren u.a. seitens der Abgeordnetenkommission gefordert, eine Verstärkung der Umweltverwaltung durch eine analytische Division zu sichern, soll vielmehr eine Auslagerung der Kompetenzen erfolgen. Zur Debatte steht z.B. ob ein sogenannter «centre de ressources», der mehrheitlich von Wirtschaftskreisen besetzt werden soll, in Zukunft mitentscheiden wird, was denn nun Stand der Technologie im Umweltbereich ist oder nicht. Was hier harmlos als «Beratungsinstanz» für die Umweltverwaltung dargestellt wird, wird letztlich unweigerlich die Kompetenzen der Verwaltung unterlaufen.

Wenn in Zukunft die Grenzwerte für die Umweltbelastung von Wirtschaftskreisen festgelegt werden, so bietet es sich auch hier an, die betroffene Verwaltung in das Wirtschaftsministerium zu verlagern!

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique fordert, daß das Kommodo-Inkommodo- Gesetz ein Umweltschutzgesetz bleibt, für das weiterhin die Umweltverwaltung zuständig bleibt.

4. Das Umweltministerium braucht ein eigenes Selbstverständnis

Die Infragestellung des Naturschutzdienstes und der Umweltverwaltung, d.h. wesentlicher Organe einer **Umweltpolitik**, scheint vom Umweltministerium hingenommen zu werden. Die Rolle des Umweltministeriums erschöpft sich immer mehr in einer rein reaktiven «**gestion des affaires courantes**», von einer gestaltenden, innovativen Umweltpolitik kann zur Zeit keine Rede sein.

Das Beispiel der Gentechnologie stellt eine weitere Illustration dieser Einschätzung der Lage dar. Der anstehende Gesetzesentwurf regelt u.a. unter welchen Bedingungen gentechnisch manipulierte Organismen in die Umwelt freigesetzt werden dürfen. Es handelt sich dabei um einen Prozeß, der auf direkte Weise Umweltbelange betrifft, kann doch das gesamte Ökosystem von einer derartigen Freisetzung betroffen sein.

Auch hier gibt sich das Ministerium mit einer mehr denn bescheidenen Rolle zufrieden: er ist eine Stimme unter **15**, die seine Meinung zu einem Projekt abgeben darf! Von Entscheidungsgewalt, Vetorecht ist nicht die Frage. Dabei könnte doch höchstens das Umweltministerium über das erforderliche Know-How verfügen...

Symptomatisch ist auch die Selbsteinschätzung des **Umweltministeriums**, was seine Rolle anbelangt am Beispiel der Abfallpolitik. **1992** verabschiedete Luxemburg ein Abfallwirtschaftsgesetz, das eindeutige Prioritäten in der Abfallpolitik festlegt (Vermeidung vor Verwertung vor Entsorgung). Das Gesetz sieht vor, daß binnen 3 Jahren Abfallwirtschaftspläne für die einzelnen Abfallsparten (Haushalt, Bauschutt, **Industrie...**) ausgearbeitet werden sollen.

Leitlinien, wie die Ziele des Abfallwirtschaftsgesetzes umgesetzt werden sollen, Entwürfe für die Abfallwirtschaftspläne... gibt es nicht. Die Abfallpolitik des Umweltministeriums ist schlichtweg inexistent.

Allerdings ist der Minister sich nicht zu schade, seinen ersten Regierungsbeamten als Präsidenten der GEDELUX einzusetzen. Statt die Energie des Ministeriums **prioritär** in das Umsetzen der abfallpolitischen Ziele zu investieren, werden Kräfte durch Reparaturpolitik und Verwaltungsbürokratie lahmgelegt.

5. Umweltgesetze: Ausnahmeregelungen für den Staat?!

Luxemburg verfügt im Umweltbereich über eine Reihe von allgemeingültigen Gesetzen. Diese werden, das ist hinlänglich bekannt, mehr oder weniger eingehalten. In den letzten Jahren wurde vor allem das Naturschutzgesetz quasi täglich auch von staatlichen Verwaltungen mit Füßen getreten. Kompensierungsmaßnahmen im Sinne des Naturschutzgesetzes werden in der Regel nicht umgesetzt.

Das Fallbeispiel Grünewald zeigt, daß Umweltgesetze scheinbar nur dann zur Anwendung gelangen, wenn dies ohne Probleme möglich ist:

- Der Grünewald ist durch viele Texte geschützt, dies hindert aber die zuständigen Minister nicht daran, sich hierüber hinwegzusetzen und seine Zerstörung zu planen, dies obschon die Schutzbestimmungen es a priori nicht zulassen;
- Die strikten Bestimmungen des Naturschutzgesetzes sollen darüber hinaus durch eine Spezialgesetzgebung außer Kraft gesetzt werden.

Das Naturschutzgesetz scheint somit nur noch für den einzelnen Bürger zu gelten, während die Regierung sich bei ihren Vorhaben von den Vorschriften der Gesetzes freispricht...

6. Langfristige Umweltinteressen brauchen eine Chancen gegenüber kurzfristigen Überlegungen

Ein anderes Merkmal ist, daß bei **kontradiktorisch** diskutierten Themen, die Regierung und der Minister sich auf das Nichts-Tun zurück ziehen.

Zwei hervorstechende Beispiele hierbei sind die Oeko-Steuern sowie das Ozonreglement.

- Im Dossier Oeko-Steuern war die Steuer auf Getränkeverpackungen zumindest in der Öffentlichkeit kaum umstritten. Einige wenige Händler wußten ihre Position aber mit einer derartigen Konsequenz darzulegen, daß Umwelt- und auch Verbraucherbelange den Kürzeren ziehen mußten - bis dato ist es nicht gelungen, daß in dieser konfliktuellen Situation Umweltinteressen einen Vorrang vor kurzfristigen privatwirtschaftlichen Interessen hatten.

- Mehr denn problematisch war auch die Situation in Sachen Ozonreglement. Obwohl ein breiter Konsens besteht, daß die Ozonbelastungen im Sommer im Interesse der Kinder, Sportler usw. gemindert werden müssen, wußte der Minister diese grundsätzliche Zustimmung der Bevölkerung nicht zu nutzen. Es genügte, daß von verschiedenen Seiten unterschiedliche Änderungen am Reglementsentwurfs des Umweltministers vorgebracht wurden, damit das Projekt fallengelassen wurde.

Wenn divergente Überzeugungen im Bereich der Umweltpolitik - die es immer geben wird - in Zukunft dazu führen sollen, daß der Umweltminister sich selbst als handlungsunfähig erklärt, dann dürfte dies das definitive Scheitern der Luxemburger Umweltpolitik bedeuten.

II.

«Visiounen fir muer»

- Strategien für eine nachhaltige Entwicklung

Die Illusion, ein anhaltendes Wirtschaftswachstum sowie eine konsequente Nischenpolitik (cf. Bankensektor, Akzisenpolitik betreffend Benzin und Konsumgüter) würden mittel- oder langfristig sowohl einen Schutz gegen die Arbeitslosigkeit als auch eine Sicherung des Wirtschaftsstandortes Luxemburg gewährleisten können, ist trügerisch.

Luxemburg muß in einen Mittelstand- und Industriestandort investieren, der auf zukunftssträchtige Märkte orientiert ist.

Ein ökologischer Strukturwandel der Wirtschaft stellt - wie viele wissenschaftliche Studien belegen - eine reelle Chance dar, um auch den Standort Luxemburg in dieser Hinsicht zu festigen. Diesem Umstand **trug**, wie oben erwähnt, die Regierungserklärung Rechnung.

Der Mouvement Ecologique setzt sich für folgende Vorgehensweise ein:

1.

Es kann sich in der Debatte um den Standort Luxemburg nicht um eine rein technologisch-orientierte Diskussion handeln. Eine wesentliche Zukunftsfrage ist vielmehr: Wie kann sich unsere Gesellschaft bzw. unsere Wirtschaft entwickeln, damit sie

- * den natürlichen Grenzen Rechnung trägt (Belastungen, Verbrauch der Ressourcen)
- * allen Bewohnern der Erde gleiche Entwicklungschancen einräumt
- * den Faktor Arbeitskraft wieder aufwertet
- * zukunftsfähige Märkte aufbaut, die diesen Ansprüchen gerecht werden?

Entsprechend ist bei den Bemühungen um den Standort Luxemburg die Ausarbeitung von ökologischen Zielsetzungen unerlässlich. Die Herausforderung beruht darin, ökonomische und ökologische Zielvorgaben miteinander zu verknüpfen bzw. das Potential im Umweltbereich für einen Strukturwandel und einen Innovationsschub im wirtschaftlichen Bereich zu nutzen.

In einer immer enger werdenden Welt mit immer knapper werdenden Ressourcen wird nur die Volkswirtschaft sich mittelfristig behauptet können, die rechtzeitig gelernt hat, so umweltgerecht wie möglich zu produzieren, zu vertreiben und zu konsumieren

2.

Diese Zielformulierung muß mit einer Reihe von Wirtschaftsinstrumenten verknüpft werden. Luxemburg braucht:

- gezielte Förderprogramme, die Luxemburg als Standort für Umwelttechnologien und zukunftssträchtige Betriebe besonders attraktiv gestalten;
- sektorielle, zielorientierte Förderprogramme für Betriebe (Handwerks- und industrieller

Bereich), die besondere Anstrengungen im Umweltbereich unternehmen;

- eine Ökologisierung der Steuerpolitik: Ressourcenverbrauch muß stärker - Arbeit weniger besteuert werden. Luxemburg muß u.a. auf die Einführung einer Energiesteuer **vorbereiten**, die u.a. zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führen kann; die Steuer auf Sonderabfällen bzw. auf Verpackungen sind als Lenkungsinstrumente unentbehrlich;
- einen Staat, der eine Vorreiterrolle übernimmt, und durch sein Verhalten den Markt umweltschonender Produkte fördert;
- eine gezielte Prospektion im Ausland, um den Standort Luxemburg im Bereich der Umwelttechnologien aufzuwerten;
- eine Vielfalt von **sektoriellen** Programmen, zur Förderung und zum konsequenten Ausbau von Umwelttechnologien (z.B. 1000 Dächer-Programm im Solarbereich.).

3.

Die Dritte Welt- und Umweltschutzorganisationen - ebenso wie viele zahlreiche wissenschaftliche und wirtschaftliche Institutionen - haben in den letzten Jahren konkrete Modelle und Konzepte vorgeschlagen, um eine lebenswerte **Welt**, auch für zukünftige Generationen, zu gestalten.

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique erneuert in dieser Hinsicht langjährige Forderungen des Mouvement Ecologique, die zu einer Steigerung der Lebensqualität beitragen können.

Oberstes Anliegen wird es deshalb **1996** für den Mouvement Ecologique sein, positive Visionen für eine zukunftsfähige Gesellschaft aufzuweisen, dazu gehört neben einer Integration ökonomischer und ökologischer Belange auch das Aufzeigen konkreter kleiner Schritte, die ein Mehr an Lebensqualität verdeutlichen und ein Mehr an Solidarität garantieren.

Entsprechend wird die Kooperation mit Dritte-Welt-Organisationen, Gewerkschaften, und internationalen Umweltschutzorganisationen eine Priorität genießen.